



Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

Landtagspräsident
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Christina Schulze Föcking MdL

17.11.2017

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

Frau Hüne
Fei.huene@mulnv.nrw.de
Telefon 0211 4566-532
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mulnv.nrw.de

60-fach

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)
hier: Einführung in den Einzelplan 10**

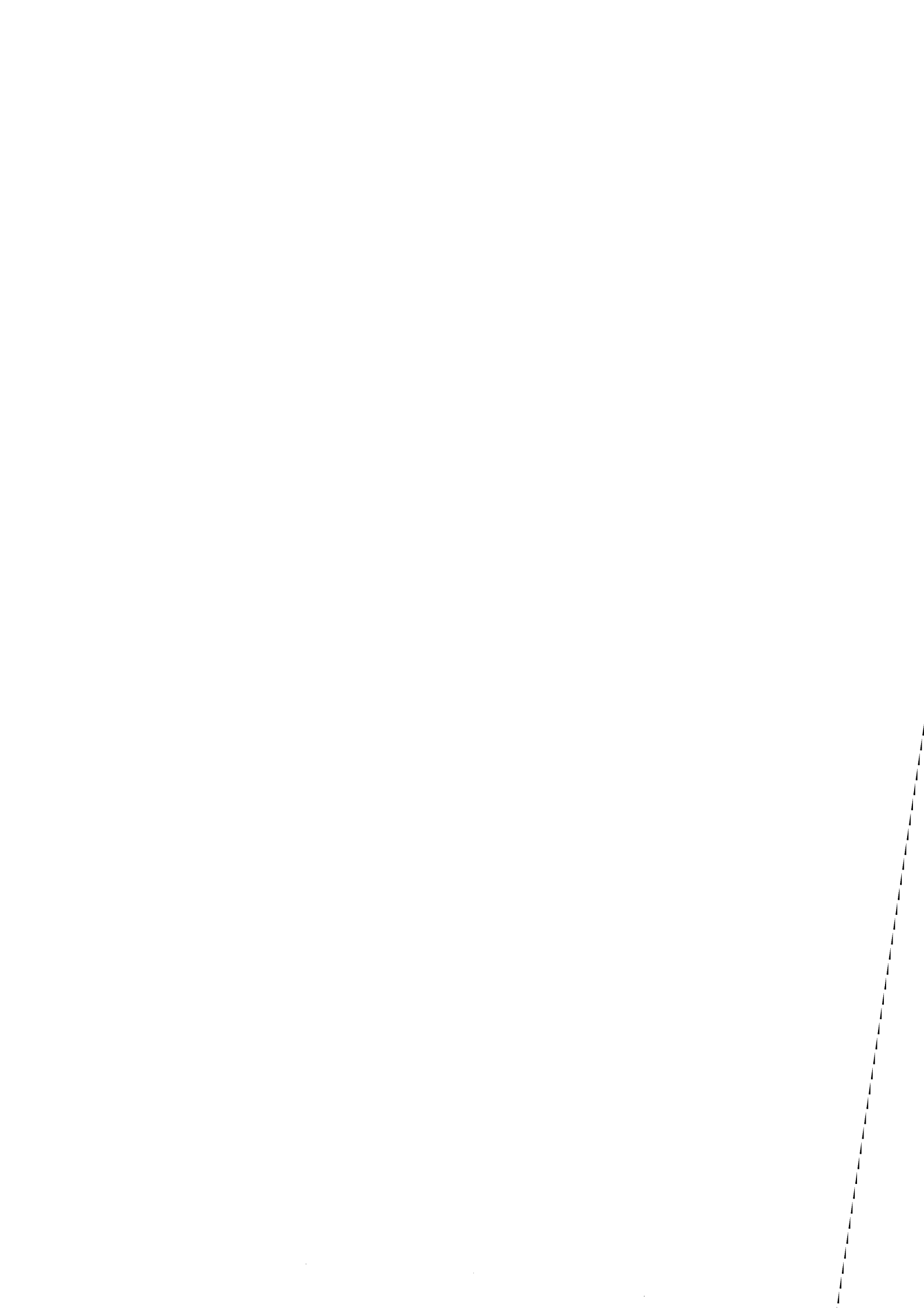
Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, *liebes André,*
hiermit übersende ich Ihnen meinen Einführungsbericht zum Haus-
haltsgesetz 2018, Einzelplan 10, mit der Bitte um Weiterleitung an die
Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und
Verbraucherschutz.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Schulze Föcking
Christina Schulze Föcking

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
Haltestelle Kennedydamm oder
Buslinie 721 (Flughafen) und 722
(Messe) Haltestelle Frankenplatz





**Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz**

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 22. November 2017

Schriftlicher Bericht zu TOP 2:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)

Einführung in den Einzelplan 10

Haushaltsgesetz 2018

Einführung in den Einzelplan 10 im Haushaltsentwurf 2018

1. Einführung

Unser Leitgedanke einer Aussöhnung von Ökonomie und Ökologie, einer nachhaltigen Politik für die Menschen in der Stadt und im ländlichen Raum sowie eines Bundeslandes Nordrhein-Westfalen mit hoher Umwelt- und Lebensqualität wurde in dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2018 verankert und finanziell abgesichert. Wichtige Aufgaben insbesondere im Bereich des Agrarbereichs und des Naturschutzes, im Verbraucherschutz und im Hochwasserschutz konnten durch Mittelaufstockungen ausgebaut werden. Entsprechend des Mittelabflusses wurden die Ansätze in den Bereichen Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft (EG) nach unten angepasst.

Insgesamt wurden für den Haushalt 2018 im Einzelplan 10 Ausgaben in Höhe von insgesamt **1.005,49 Mio. EUR** angemeldet. Gegenüber dem Haushalt 2017 (**1.037,31 Mio. EUR**) wurden somit 31,82 Mio. EUR weniger angemeldet.

Der ursprüngliche Haushalt des Einzelplans 10 umfasste 2017 noch 1.098,4 Mio. EUR. Die Differenz wurde im Rahmen der Umressortierung umgesetzt, vorrangig in das MWIDE und MHKBBG.

Insgesamt wurden dem MULNV fünf neue Stellen (vier im Botendienst des MULNV und eine Sachbearbeiterstelle im Landgestüt) sowie zusätzliche Mittel in Höhe von 16,7 Mio. EUR für den Hochwasserschutz zugestanden. Die globalen Minderausgaben betragen für das Haushaltsjahr 2018 im Einzelplan 10 insgesamt **30,09 Mio. EUR** gegenüber 26,83 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2017.

Bezogen auf das Gesamtvolumen des am 07.11.2017 im Kabinett beschlossenen Gesamthaushalts in Höhe von **74.485,6 Mio. EUR** entspricht der Anteil des Gesamtansatzes des Einzelplans 10 (MULNV) rd. **1,35 %** (Vorjahr: rd. 1,5 %).

2. Der Einzelplan 10

Die Haushaltsmittel 2018 des Einzelplans 10 verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Kapitel:

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Veränderung	Bemerkung
10 010	Ministerium	39,16 Mio. EUR	38,47 Mio. EUR	+0,69 Mio. EUR	Darunter fallen Mittel unter anderem für Personal (19,3 Mio. EUR) und für Datenverarbeitung (1,3 Mio. EUR)
10 011	Erledigung von Umweltaufgaben durch kommunale Stellen	19,65 Mio. EUR	19,42 Mio. EUR	+0,23 Mio. EUR	Unter anderem Mittel für den Nachersatz ausgeschiedener Beschäftigter für kommunalisierte Aufgaben (7,3 Mio. EUR)
10 020	Allgemeine Bewilligungen	23,93 Mio. EUR	50,65 Mio. EUR	-26,72 Mio. EUR	Unter anderem für die Bereiche Tierseuchenbekämpfung (5,7 Mio. EUR), Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW (4,8 Mio. EUR) und NRW-Stiftung (1,0 Mio. EUR). Weggefallen sind u.a. die Mittel für den Breitbandausbau, die aus der Veräußerung der UMTS-Lizenzen stammten (Einnahmen waren bis 2017 auf die Länder verteilt)
10 030	Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	55,09 Mio. EUR	49,16 Mio. EUR	+5,93 Mio. EUR	Unter anderem für die Förderung der Forst- und Holzwirtschaft (0,9 Mio. EUR) und den Naturschutz (36,1 Mio. EUR)
10 040	Verbraucherangelegenheiten	20,69 Mio. EUR	17,60 Mio. EUR	+3,09 Mio. EUR	Unter anderem für die Abwicklung des EU-Schulprogramms (2,9 Mio. EUR) und Zuschüsse an Verbraucherverbände (14,7 Mio. EUR)

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Veränderung	Bemerkung
10 050	Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz	204,64 Mio. EUR	188,26 Mio. EUR	+16,38 Mio. EUR	Darunter für den Hochwasserschutz (66,7 Mio. EUR), der sich im Rahmen des zehnjährigen Hochwasserschutzplans bewegt und für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (74,2 Mio. EUR) und die Verwendung der Abwasserabgabe (50,6 Mio. EUR). Hierin enthalten 16,7 Mio. EUR zusätzliche Mittel für den Hochwasserschutz
10 060	Klimaschutz, Immissionsschutz, Umwelt und Gesundheit, Gentechnik	5,13 Mio. EUR	6,63 Mio. EUR	-1,50 Mio. EUR	Unter anderem für Maßnahmen des Immissionsschutzes in den Bereichen Luftreinhaltung und Lärmschutz (2,0 Mio. EUR) und die Förderung der Umweltwirtschaft (1,0 Mio. EUR)
10 080	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	87,71 Mio. EUR	92,87 Mio. EUR	-5,17 Mio. EUR	Unter anderem Förderungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen (15,9 Mio. EUR) und für den präventiven Hochwasserschutz (24,0 Mio. EUR)
10 090	Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft (EG)	154,92 Mio. EUR	187,10 Mio. EUR	-32,17 Mio. EUR	Beinhaltet unter anderem das EU-Programme ELER (121,1 Mio. EUR) und den Kofinanzierungsanteil des Landes NRW für den EFRE (22,5 Mio. EUR). Die Ausgabemittel der Förderperiode 2014 – 2020 wurden den Abflüssen angepasst.

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Veränderung	Bemerkung
10 170	Landwirtschaftskammer NRW und Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter	115,78 Mio. EUR	112,76 Mio. EUR	+3,01 Mio. EUR	Erstattung der Verwaltungskosten an die Landwirtschaftskammer gemäß Vereinbarung, darunter für die Wahrnehmung von Landesaufgaben (79,5 Mio.)
10 260	Landesforstverwaltung	61,67 Mio. EUR	62,32 Mio. EUR	-0,65 Mio. EUR	Zuschüsse an den Landesbetrieb Wald und Holz NRW für die Aufgabenbereiche landeseigener Forstbetrieb, Dienstleistung und Hoheit (51,7 Mio. EUR). Wegfall der Einzahlungsverpflichtung in den Pensionsfonds
10 261	Jagdabgabe-Förderung und Weiterentwicklung des Jagdwesens, Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung	3,56 Mio. EUR	3,55 Mio. EUR	+0,01 Mio. EUR	Darunter unter anderem für Maßnahmen der jagdlichen Weiterbildung, jagdliches Schießwesen etc. (0,5 Mio. EUR)
10 400	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz	123,08 Mio. EUR	118,13 Mio. EUR	+4,95 Mio. EUR	Darunter u. a. für die Förderung der Milchwirtschaft (2,9 Mio. EUR), die Verbesserung der Lebensmittelüberwachung (4,4 Mio. EUR) und Verbraucherschutz (1,5 Mio. EUR). Mehraufwendungen insbesondere für den Umzug des Dienstgebäudes Düsseldorf nach Duisburg Ende 2018 und dessen Ausstattung

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2018	Ansatz 2017	Veränderung	Bemerkung
10 410	Integrierte Untersuchungsanstalten	38,97 Mio. EUR	37,02 Mio. EUR	+1,95 Mio. EUR	Darunter u. a. für den Betrieb der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter Ostwestfalen-Lippe, Rhein-Ruhr-Wupper, Münsterland-Emscher-Lippe, Rheinland und Westfalen (36,9 Mio. EUR)
10 460	Nordrhein-Westfälisches Landgestüt	6,42 Mio. EUR	8,22 Mio. EUR	-1,80 Mio. EUR	Darunter Ausgaben für die Hengstparade (0,4 Mio. EUR). Im Vorjahr standen erhebliche Investitionsmittel zur Verfügung, die verbraucht werden.
10 900	Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie Hinterbliebenen	45,09 Mio. EUR	45,15 Mio. EUR	-0,06 Mio. EUR	Darunter Versorgungsbezüge für Ruhestandsbeamte (35,7 Mio. EUR) und Beihilfen für Versorgungsempfänger (6,3 Mio. EUR)
Gesamt		1.005,49 Mio. EUR	1.037,31 Mio. EUR	-31,82 Mio. EUR	